



Wir fordern nichts Unmögliches!

26.02.2025

Alle Jahre wieder, so auch zu Beginn des Jahres 2025. Eine neue Tarifrunde im öffentlichen Dienst für zunächst die 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen hat begonnen.

Neben den am vergangenen Wochenende durchgeführten Neuwahlen zum Deutschen Bundestag eines der weiteren zentralen Themen. Das Ergebnis setzt die Maßstäbe für die uns betreffende Tarifrunde im Herbst dieses Jahres.

Wahrnehmen konnten das Geschehen um die Tarifverhandlungen auch viele Bürger, die durch aktuell durchgeführte Streiks beeinträchtigt werden. Aber diese Streiks und wahrscheinlich auch weitere sind notwendig, um die Arbeitgeber auf die Missstände und Forderungen im öffentlichen Dienst aufmerksam zu machen

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen zur Tarifrunde TVöD 2025 bereits Ende des Jahres 2024 bekannt gegeben:

- +8%, mindestens 350 €
- 3 zusätzliche freie Tage für alle Mitarbeiter
- 1 weiteren zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder
- Verringerung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden für Beamte
- Einführung Zeitkonto
- Laufzeit 12 Monate
- Auszubildende: +200 €

Darüber hinaus werden höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten gefordert.

Die steigenden großen Arbeitsbelastungen müssen bei den Verhandlungen berücksichtigt und die Gehälter deutlich angehoben werden. Nur so kann der öffentliche Dienst wieder attraktiver gemacht und ausreichend Arbeits- und Fachkräfte gewonnen werden. Die Beschäftigten sind überlastet, viele Kommunen kaum noch handlungsfähig: Im öffentlichen Dienst sind aktuell rund 500.000 Überstunden zu beklagen.

Viele Stunden haben sich bei den Beschäftigten aller Behörden aufgestaut, die Belastungsgrenze ist vielfach erheblich überschritten. Die Fehlzeiten durch Krankheiten stiegen erheblich, dabei spielen psychosomatische Krankheitsbilder eine nicht unerhebliche Rolle.

Wir haben in mehreren Infos bereits auf die steigenden Arbeitsbelastungen in allen Bereichen der Polizei eindringlich hingewiesen und diese auch in einem Gespräch bei der Ministerin verdeutlicht.

Derzeit scheint in den bisherigen Verhandlungsrunden eine Verständigung nicht möglich zu sein, die Verhandlungsparteien haben sich nicht angenähert. Sind die aufgezählten Forderungen zu hoch? Wir denken, sie sind angemessen und erforderlich. Die innere Sicherheit ist zunehmend eines der zentralen Themen geworden.

Wir appellieren, die erheblich gestiegenen Belastungen anzuerkennen und die Kolleginnen und Kollegen angemessen zu entlohnen. Das sind auch erforderliche Anreize mit Außenwirkung für Ausbildungsplatz- und Arbeitsuchende und wichtig, um qualifizierte Beschäftigte in der Polizei zu halten.

Wir fordern nichts Unmögliches, nur einen angemessenen Ausgleich für die täglich erbrachten Leistungen.

Sven Spillecke
Sprecher Fachbereich Tarif

[PDF](#)

Schlagwörter
Niedersachsen
diesen Inhalt herunterladen: [PDF](#)